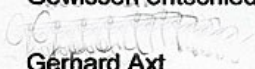


Warum ich meine Unterschrift zur Abberufung der ersten (hauptamtlichen) Beigeordneten der Stadt Sondershausen zurückgezogen habe

- Nach § 32, Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung stehen der Stadt Sondershausen entsprechend der Einwohnerzahl drei Beigeordnete zu. Der Stadtrat hat seinerzeit gemäß §10 der Hauptsatzung der Stadt einen hauptamtlichen Beigeordneten auf die Dauer von sechs Jahren und zwei ehrenamtliche Beigeordnete auf die Dauer der Amtszeit des Stadtrates gewählt. Laut § 32, Abs. 6 der Thüringer Kommunalordnung können hauptamtliche Beigeordnete vom Stadtrat vorzeitig abberufen werden. Was aber nach Abs. 4 für die Abberufung von ehrenamtlichen Beigeordneten gilt, nämlich das Vorliegen eines wichtigen Grundes, muss erst recht für die Abberufung von hauptamtlichen Beigeordneten gelten!
- Ein wichtiger Grund liegt nicht vor. Der Vergleich mit dem Landratsamt ist unzutreffend, zumal im Haushalt keine Versorgungsleistungen eingespart werden; sie werden nur aus einem anderen Topf bezahlt.
- Die erste Beigeordnete hat vielmehr zur Einsparung von Personalkosten beigetragen, indem sie den Kulturamtsbereich zusätzlich übernommen hat. Andere sollten diesem Beispiel folgen. Um ein Zeichen in der prekären Haushaltssituation zu setzen, gibt es genug Alternativen.
- Gäbe es die von der Interessengemeinschaft im Stadtrat bewirkte Selbstverpflichtung der Stadt, bis 2018 20 Vollzeitstellen einzusparen nicht, so könnte man die Abberufung zum jetzigen Zeitpunkt unterstützen. Sie sollte aber erst 2018 erfolgen, wenn ohnehin Neuwahlen anstehen.
- Zum jetzigen Zeitpunkt die Stadtverwaltung zu dezimieren, wo die Stadt pleite ist, wo die Bedarfszuweisung ungewiss ist, wo die Gebietsreform vorbereitet wird und die Verhandlungen zum Kulturstandort laufen, das ist vor allem für die Bürger unserer Stadt von großem Nachteil.
- Kaum geklärt wurde, wie es zu der desaströsen Haushaltssituation gekommen ist. Wer aber drei Jahre hintereinander mit den Gewerbesteuern pokert, Haushaltspläne als Mogelpackungen aufstellt und Haushaltssperren verhängen muss, der sollte auch die Verantwortung übernehmen. Und: Die erste Beigeordnete hat nicht im Alleingang den Thüringentag 2013, der 1.138.572,70 EUR Gesamtkosten verursacht hat, nach Sondershausen geholt. Sie soll nun das Bauernopfer für die verfehlte kommunale Haushaltspolitik werden.
- Auf die offensichtlich vorhandenen unterschiedlichen Beweggründe in den Stadtratsfraktionen möchte ich nicht eingehen. Aber: wer das Geld hat, der strebt nach der Macht. Das war so, das ist so und das wird so sein. Die Stadtratsmitglieder sollten bedenken, für was sie von den Bürgern gewählt wurden. Ich habe mich nach meinem Gewissen entschieden. Damit kann ich leben.


Gerhard Axt

Stadtratsmitglied seit 2004